
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Jugendhilfeausschuss am 23.04.2007

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:10 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp

Ursula Lindstedt

Theodor Rieke

Manuela Veit

Norbert Kläsgen

Martina Plath

Ursula Sopora

Barbara Streich

Leo Klempert

sachkundige Bürger

Markus Deiters

Johannes Hermann

Hans Höroldt

Heiner Redeker

Rosemarie Böhme

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Christel Hauske

Jörg Hüchtmann

Detlef Maidorn

Astrid Partmann

Edelgard Blümel

Von der Verwaltung:

Herr Hahn, Dez. IV
Herr Rebbe, L FB 51
Herr Friederichs, FB 51
Frau Schmücker, PK
Herr VertgeWall, Schriftführer

Gäste und Zuhörer/innen:

Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion
Vertreter der örtlichen Presse

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird kurz über die Anregung von Frau Streich über die Aufnahme eines zusätzlichen, nicht öffentlichen Tagesordnungspunktes „Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen“ diskutiert. Eine Erweiterung der Tagesordnung erfolgt jedoch nicht. Änderungen oder Ergänzungen liegen somit nicht vor, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Bericht über Aktivitäten der Jugendverbandsarbeit und der kirchlichen Jugendarbeit am Beispiel des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Kreisverband Unna e.V.

- Mündlicher Bericht von Herrn Deiters

Punkt 2

052/07

Zuschüsse zu Investitionskosten freier Träger der Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Punkt 3

053/07

Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede;
Abschluss einer Vereinbarung mit dem Träger des Ev. Kindergartens "Zur Wasserburg", Burgstr. 7,
Fröndenberg

Punkt 4

055/07

Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) –
Eine erste Bewertung

Punkt 5

054/07

Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS)

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Bericht über Aktivitäten der Jugendverbandsarbeit und der kirchlichen Jugendarbeit am Beispiel des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Kreisverband Unna e.V.

- Mündlicher Bericht von Herrn Deiters

Erörterung

Herr Deiters stellt in seinem Vortrag die Arbeit des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Kreisverband Unna e.V., vor und geht anschließend auf Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 2

052/07

Zuschüsse zu Investitionskosten freier Träger der Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Erörterung

Herr Rieke weist auf die Vorlage Nr. 052/07 hin. Die Rückfragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Friederichs beantwortet. Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss

Die in der Sitzungsvorlage Nr. 052/07 aufgeführten Antragsteller erhalten einen Zuschuss zu Investitionen im Bereich der Jugendarbeit für das Jahr 2007 in Höhe von insgesamt 2.958,26 € gem. der Förderungsrichtlinien im Kinder- und Jugendförderplan für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede des Fachbereichs Familie und Jugend des Kreises Unna vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2007.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

053/07

Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede;
Abschluss einer Vereinbarung mit dem Träger des Ev. Kindergartens "Zur Wasserburg", Burgstr. 7,
Fröndenberg

Erörterung

Nach kurzer Einleitung von Herrn Rieke stellt Herr Rebbe die Sitzungsvorlage Nr. 053/07 vor und geht noch einmal näher auf die Hintergründe sowie den aktuellen Sachstand ein.

Beschluss

Der der Sitzungsvorlage Nr. 053/07 als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung über die weitere Finanzierung der Ev. Kindertageseinrichtung "Zur Wasserburg", Fröndenberg, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

055/07

Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) –
Eine erste Bewertung

Erörterung

Herr Hahn stellt die Sitzungsvorlage Nr. 055/07 und damit verbunden die Eckpunkte des Referentenentwurfes des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) vor.

Es sei u. a. beabsichtigt, die Betriebskostenfinanzierung von Gruppenpauschalen auf Kind-Pauschalen umzustellen. Zukünftig werde es nur noch drei Gruppentypen mit flexiblen Öffnungszeiten (25, 35 und 45 Stunden) geben. Dieses führe dazu, dass man künftig 9 Kindpauschalen vorliegen habe, die als Berechnungsgrundlage für die Jugendämter heranzuziehen seien. Je nachdem, welcher Gruppe ein Kind angehöre, werde anhand des Pro-Kind-Zuschusses der Betriebskostenaufwand der Tageseinrichtung ermittelt.

Die Hoffnung, dass es wieder zu einheitlichen Kindergartenbeiträgen / Elternbeiträgen komme, werde sich wohl nicht erfüllen. Das Finanzierungsrisiko werde weiterhin bei den Jugendämtern liegen. Dies bedeute, dass bei Nichterreichen des Elternbeitragsaufkommens der Ausfallbetrag vom örtlichen Jugendhilfeträger kompensiert werden müsse. Vom Land werde ein Beitragsaufkommen von 19 % erwartet, obgleich im Landesdurchschnitt nur etwa 13 % erreichbar seien (Kreis Unna ≈ 18 %).

Weiter führt Herr Hahn aus, dass in Nordrhein-Westfalen derzeit etwa jedem 43. Kind (entspricht 3,8 %) unter 3-Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehe. Ziel sei es, bis 2010 landesweit 70.000 Plätze und somit etwa 20 % zu erreichen. Der Bund plane bis 2013 die Schaffung von 750.000 Plätzen und damit eine Abdeckung von rd. 35 %. Hier orientiere man sich an dem europäischen Vergleich. In Bönen, Fröndenberg und Holzwickede habe man derzeit ein Angebot von rund 100 Plätzen (einschließlich der Tagespflege) und komme damit auf eine Abdeckung von etwa 6 %. Aufgrund der sich verändernden Sozialstruktur habe man die Lebens- und Berufsentscheidungen der Eltern und damit verbundenen Betreuungsbedarf zu akzeptieren und sich darauf einzustellen. Bislang seien immer auch Möglichkeiten gefunden worden, einen

Betreuungswunsch zu realisieren.

Bezogen auf das Gesetz sei weiter zu beachten, dass die Anforderungen an die Einrichtungen steigen und vermehrt Bezug auf Aus- und Fortbildung des Personals, der Sprachförderung, der Fortentwicklung zum Familienzentrum, der Elternarbeit sowie der Zusammenarbeit mit den Schulen genommen werde.

Im Anschluss an die Erläuterung der Sitzungsvorlage sowie die weiteren Ausführungen beantworten Herr Hahn und Herr Rebbe Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Hermann weist in der anschließenden Diskussion darauf hin, dass der Referentenentwurf bei den Verbänden sehr kritisch aufgefasst werde. Vorher getroffene Vereinbarungen seien nicht aufgenommen worden, so dass dringend nachverhandelt werden müsse. Auch die mangelnde Planungs- und Finanzierungssicherheit sei als sehr problematisch anzusehen. Weiter vertrete er die Auffassung, dass sich die soziale Situation der ErzieherInnen deutlich verschlechtern werde, da sich die Beschäftigungssituation in Einrichtungen jährlich verändern könne. Dieses sei insbesondere vor dem Hintergrund steter Forderungen aus Reihen der Politik nach umfangreicheren Förderungsangeboten für die Jugend nicht nachvollziehbar.

Frau Streich stellt die Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dar und erklärt, dass das Gesetz sehr viele Schnellschüsse enthalte und von der Landespartei erhebliche Nachforderungen gestellt worden seien. Es könne nicht sein, dass die Belastung der Mitarbeiter in den Einrichtungen immer größer werde; erreicht werden müsse das genaue Gegenteil, nämlich eine Arbeitsentlastung. Anders seien die zusätzlichen Aufgaben nicht zu bewerkstelligen. Hierzu seien insbesondere auch finanzielle Nachbesserungen notwendig.

Herr Rebbe teilt auf Nachfrage von Herrn Höroldt mit, dass das Gesetz keine besondere Förderung von Einrichtungen in sozialen Brennpunkten mehr erhalte. Schwerpunkte diesbezüglich seien die integrative Erziehung sowie die Förderung der Familienzentren.

Herr Kläsgen weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass es sich um einen Referentenentwurf handle. Dieser enthalte Eckpunkte. Ziel eines neuen Gesetzes sei es, Verbesserungen herbeizuführen. Im Vordergrund stehe hier vorrangig die Optimierung der Qualität und das sowohl in der Kindergartenerziehung als auch später in der Grundschule. Kritikpunkte seien sicherlich erkennbar, allerdings solle man ein Gesetz, welches sich noch in der Beratung befinde, nicht bereits im Vorfeld zerreden.

Frau Partmann, sachkundige Bürgerin der FDP-Kreistagsfraktion, erklärt, dass sich durch die flexibleren Öffnungszeiten auch durchaus Möglichkeiten für die Beschäftigten ergeben. Durch Teilzeitarbeitsmodelle sehe sie für die Beschäftigten auch die Perspektive, ihre Arbeitszeit entsprechend flexibler zu gestalten.

Frau Erdelkamp hält für die SPD-Fraktion dagegen, dass durch eine flexiblere Gestaltung der Betreuungszeiten und einer damit verbundenen flexibleren Handhabung der Personalplanung die Gefahr bestehe, dass eine kontinuierliche Betreuung der Kinder durch feste Bezugspersonen nicht mehr gewährleistet werden könne. Auch aus diesem Grund sei es wichtig, die vorhandenen Kritikpunkte rechtzeitig in die noch laufenden Gespräche und Diskussionen einzubringen.

Aus seiner Sicht, so Herr Hahn abschließend, bleibe der Praxistest abzuwarten. Dann könne beurteilt werden, ob mit den Änderungen ein Qualitätsverlust einhergehe. Hier sei es wichtig zu beobachten, ob der zu erfüllende Mehraufwand in den Kindertageseinrichtungen auch getragen werden könne. Mittelerhöhungen seien hierfür bislang im Gesetzesentwurf nämlich nicht vorgesehen. Ziel der Verwaltung sei es gewesen, auf bevorstehende Änderungen hinzuweisen und den Ausschuss rechtzeitig mit möglichen Entwicklungen zu konfrontieren.

Der Jugendhilfeausschuss fasst keinen Beschluss und nimmt den Referentenentwurf des „Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern – Kinderbildungsgesetz (KiBiz)“ zur Kenntnis.

Punkt 5

054/07

Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS)

Erörterung

Herr Rebbe stellt die Sitzungsvorlage Nr. 054/07 vor.

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt die der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte 1. Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (bei einer Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Anerkennung Kostenreduzierung – Geschwisterbeitrag Bürgerantrag nach § 21 Kreisordnung (KrO)

Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass es in einer Kommune im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes einen Bürgerantrag nach § 21 KrO gebe, mit dem sich der Kreistag in seiner nächsten Sitzung am 05.06.2007 befassen werde. Der Sachverhalt stelle sich so dar, dass aus einer Familie ein Kind die offene Ganztagschule und das zweite Kind einen Kindergarten besuche. In der Diskussion gehe es um die

Anerkennung der Kostenreduzierung als Geschwisterbeitrag. Das Problem liege darin, dass die Zuständigkeit unterschiedlicher Träger gegeben sei. Für die Ganztagschule liege die Zuständigkeit bei der Kommune, die Erhebung der Elternbeiträge für den Kindergarten obliege dem Kreis Unna. Man erarbeite derzeit eine Vorlage, die dann dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt und bei Zustimmung für alle drei jugendamtsangehörigen Kommunen Gültigkeit haben werde.

2. Einweihung und Eröffnung der „Villa Kunterbunt“

Erörterung

Herr Rebbe teilt mit, dass der Anbau der „Villa Kunterbunt“ am 16.06.2007 offiziell eröffnet werde. Die Feierlichkeiten werden gegen 14 / 15 Uhr beginnen. Der genaue Zeitpunkt werde noch bekannt gegeben.

3. Nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Erörterung

Herr Rieke gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufgrund einer Terminkollision nicht am 12.06.2007 stattfinden könne und um eine Woche auf den **19.06.2007** verschoben werden müsse.

Herr Rebbe teilte zwischenzeitlich mit, dass die Sitzung nicht wie ursprünglich geplant im Kinder- und Jugendheim in Werne stattfinden könne und daher im Kreishaus abgehalten werde.

4. Anfragen der CDU-Fraktion

• Sachstand zur Einrichtung von Familienzentren

Erörterung

Auf die Anfrage von Frau Sopora, wie viele Einrichtungen sich als Familienzentrum beworben haben, teilt Herr Rebbe mit, dass die Bewerbungszeit im Februar begonnen habe und noch etwa 14 Tage andauern werde. Bislang gebe es aus Fröndenberg und Holzwickede jeweils eine konkrete Bewerbung.

• Kostenreduzierung / Zwischenberichterstattung

Erörterung

Mit Hinweis auf die vergangenen Haushaltsberatungen und die Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt hinsichtlich der Kostenreduzierung im Fachbereich bittet Frau Sopora darum, dass die Verwaltung bereits im Oktober 2007 einen Zwischenbericht abgeben möge, damit das Thema nicht zusätzlich in den Haushaltsberatungen behandelt werden müsse. Herr Hahn teilt hierzu mit, dass man sich bemühen werde, dieser Bitte gerecht zu werden.

- **Elternbegleitbuch**

Erörterung

Frau Sopora stellt kurz ein sogenanntes Elternbegleitbuch vor, welches bereits von verschiedenen Kommunen und Kreisen in NRW als Orientierungshilfe an junge Eltern herausgegeben werde, um Hilfestellungen zu bieten und Schwellenängste abzubauen. Hierzu fragt die CDU-Fraktion an, ob ein solches Buch nicht auch für den Kreis Unna oder die Jugendamtszugehörigen Kommunen in Frage komme. Da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handele, so Herr Hahn, müsse man unweigerlich auch den Bogen zur Gemeindeprüfungsanstalt und Finanzstrukturkommission spannen. Er sei jedoch gerne bereit, bei den entsprechenden Kreisen oder Kommunen telefonisch Auskünfte – auch zu den finanziellen Auswirkungen – einzuholen und darüber in der kommenden Ausschusssitzung zu berichten.

5. Sprachstandserhebung

Anfrage von Frau Streich, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Erörterung

Frau Streich fragt an, ob es bereits Ergebnisse der Sprachstandserhebung für den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes gebe. Herr Hahn teilt hierzu mit, dass er bislang noch keine verbindlichen Zahlen vorliegen habe. Er sehe jedoch die Möglichkeit, die zuständige Schulamtsrätin, Frau Berten, in der nächsten Ausschusssitzung über die Thematik berichten zu lassen.

6. Familienzentren – Kriterienauswahl

Anfrage von Herrn Maidorn

Erörterung

Auf die Anfrage von Herrn Maidorn, nach welchen Kriterien der Kreis Unna bei der Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als Familienzentren vorgehen werde, geht Herr Rebbe näher ein. Für den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes gebe es aktuell die Möglichkeit, drei weitere Einrichtungen zu benennen, die die Entwicklung zum Familienzentrum durchlaufen können. Entsprechende Kriterien des Landes als auch eigene Kriterien werde man bei den Bewerbungen berücksichtigen. Alle Einrichtungen seien angeschrieben und über das Verfahren informiert worden. Nach der Auswertung werde für die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein Vorschlag erarbeitet und zur Abstimmung gestellt.

7. Projekt „Notinsel“

Anfrage von Frau Blümel

Erörterung

Frau Blümel teilt mit, dass es in Bönen derzeit noch keine „Notinsel“ gebe und fragt an, wann mit einer Umsetzung in der Gemeinde zu rechnen sei. Herr Hahn teilt hierzu mit, dass noch ein Gespräch zwischen Herrn Preisung als Projektbegleiter und der Bönener Interessengemeinschaft (BIG) anstehe, in dem zunächst noch detailliert über das Projekt informiert werden solle.

8. Personelle Situation in der Kindertageseinrichtung „Windmühle“ in Fröndenberg
Anfrage von Frau Streich, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Erörterung

Frau Streich fragt an, wie es aufgrund der bekannten Personalsituation in der Einrichtung weitergehen werde. Herr Rebbe erklärt, dass es hierzu Gespräche mit der Verwaltung gebe. Man rechne damit, dass nach Ablauf gesetzlicher Fristen eine entsprechende Vertretung eingesetzt werden könne.

Weitere Mitteilungen bzw. Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung: 17.45 Uhr

Anlage

1. Präsentation über die Aktivitäten des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Kreis Unna e.V.

Rieke
Vorsitzender

Vertgewall
Schriftführer